

## WAS HABEN AGRARKONZERNE MIT ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ZU TUN?

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen argumentiert, dass die wachsende Weltbevölkerung nur ernährt werden kann, wenn die landwirtschaftlichen Erträge steigen. Agrarkonzerne greifen diese Argumentation gerne auf. Sie sehen die Lösung in einer verstärkten Globalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft nach westlichem Vorbild. Ihr Vorschlag lautet, große Flächen zu bewirtschaften, chemische Pestizide und Dünger einzusetzen und gentechnisch verändertes oder zumindest kommerziell gezüchtetes, nicht nachaufähiges Saatgut (Hybridsaatgut) zu verwenden. Nach diesem Verständnis kommt den Konzernen eine zentrale Rolle dabei zu, globale Ernährungssicherheit herzustellen. In Deutschland und anderen Industrieländern knüpfen staatliche Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an diesen Ansatz an und kooperieren zunehmend mit Agrarkonzernen.



## WIE KOOPERIEREN AGRARKONZERNE UND STAATLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT?

Die Kooperation zwischen Agrarkonzernen und EZ findet vor allem im Rahmen von sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften (englisch: Public Private Partnerships, PPP) statt, also einer vertraglich geregelten Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen. Hierbei soll die Privatwirtschaft Investitionen in die Landwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette tätigen und für Bauern und Bäuerinnen technisches Know-How bereitstellen. Eine zentrale Rolle spielen auf internationaler Ebene zum Beispiel die „Neue Vision für die Landwirtschaft“ (kurz: „Neue Vision“) oder die „Neue Allianz für Ernährungssicherung“ (kurz: „Neue Allianz“). Die Initiative „Neue Vision“ wurde 2011 vom Weltwirtschaftsforum ins Leben gerufen und hat sich zum Ziel gesetzt, die Produktivität im Agrarbereich auf dem afrikanischen Kontinent um 20 Prozent pro Jahrzehnt zu steigern. Partner der Initiative sind mehr als 30 globale Konzerne des Agribusiness. Bei der „Neuen Allianz“ handelt es sich um ein 2012 initiiertes Vorhaben zwischen den G7-Ländern, mehreren afrikanischen Staaten, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, internationalen Institutionen wie die Weltbank und multinationalen Konzernen – darunter die Saatgut- und Lebensmittelkonzerne Syngenta, Unilever und Yara. In der Initiative verpflichten sich afrikanische Staaten dazu, Rahmenbedingungen wie ihre Steuer-, Saatgut- oder Landgesetzgebung und andere Vorschriften so zu verändern, dass Investitionen der Privatwirtschaft in den Landwirtschaftssektor attraktiver werden. Diese Investitionen erfolgen allerdings auf freiwilliger Basis.

## WELCHE DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSPROGRAMME KOOPERIEREN MIT AGRARKONZERNEN?

In Deutschland bildet das 1999 initiierte „develoPPP.de-Programm“ des BMZ einen wichtigen Rahmen für PPPs. Die einzelnen Projekte werden jeweils vom BMZ, einem europäischen Unternehmen, einem Partnerunternehmen im Projektland und einer lokalen Partnerorganisation entwickelt. Über 1.500 Entwicklungspartnerschaften wurden bereits im Rahmen von develoPPP.de umgesetzt. Seit Anfang der 2010er Jahre hat Deutschland die Kooperation mit der Privatwirtschaft durch neue „Groß-PPP“ wie die „Neue Allianz“ intensiviert. Darüber hinaus möchte das BMZ durch die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ einen Beitrag dazu leisten, Hunger und Mangelernährung weltweit zu bekämpfen. Teil der Sonderinitiative sind sogenannte „Grüne Innovationszentren“ in insgesamt 14 Ländern, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. In diesen Zentren sollen Partnerunternehmen Bäuerinnen und Bauern darin unterstützen, ihre Produktivität zu steigern und Innovationen bei der Erzeugung, Weiterverarbeitung und Vermarktung von Grundnahrungsmitteln zu entwickeln.

## WELCHE CHANCEN SEHEN BEFÜRWORDER/INNEN IN KOOPERATIONEN MIT DEM PRIVATSEKTOR?

Die BefürworterInnen von PPPs in der EZ argumentieren, dass die Regierungen in vielen ärmeren Ländern des globalen Südens nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um in Infrastruktur wie Lagerhallen oder Weiterverarbeitungskapazitäten zu investieren. Hier könne der Privatsektor Finanzierungslücken schließen. UnterstützerInnen des Ansatzes zeigen sich ferner überzeugt, dass die jeweiligen Projekte durch die Gewinnorientierung der Unternehmen effizienter verwaltet werden. Schließlich führen sie das Argument an, dass eine Kooperation mit Privatunternehmen die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien fördern könne. Eine Schwäche dieser Position besteht allerdings darin, dass solche Chancen kaum durch Studien belegt sind.

## WAS SIND DIE RISIKEN VON ÖFFENTLICH-PRIVATEN PARTNERSCHAFTEN?

Es gibt einige gewichtige Argumente, die gegen PPPs in der EZ sprechen. In der Umsetzung der Projekte konzentrieren sich die beteiligten Konzerne häufig darauf, ihre kurzfristigen Gewinne zu maximieren – und nicht, die Ernährungssicherheit in den Projektländern nachhaltig zu verbessern. Ein zentraler Kritikpunkt ist außerdem, dass die lokale Bevölkerung sowie die Kleinbauern und -bäuerinnen, die eigentlich von solchen Kooperationen profitieren sollten, wenig bis gar nicht in die Planung und Umsetzung der Projekte einbezogen werden. Meist verbirgt sich hinter PPPs ein rein technologischer Ansatz, Landwirtschaft zu betreiben, der soziale und ökologische Aspekte weitgehend ignoriert. Bei Großprojekten bestehen weitere Risiken: So bedroht etwa die intensive Bewässerung

in Projektregionen die Wasserverfügbarkeit für andere NutzerInnengruppen wie beispielsweise ViehhalterInnen vor Ort.

## WIE PROFITIEREN AGRARKONZERNE VON DER ZUSAMMENARBEIT?

Konzerne der Agrarindustrie profitieren davon, dass sich die deutsche Entwicklungspolitik dafür einsetzt, geschäftsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu zählen ein kalkulierbares rechtliches und politisches Umfeld, der Abbau von Bürokratie und die Öffnung der Märkte. Indem die Konzerne mit Institutionen der EZ kooperieren, können sie außerdem neue Märkte erschließen – zum Beispiel für Saatgut und Pestizide. So können Unternehmen Fortbildungen für kleinbäuerliche Betriebe nutzen, um Werbung für ihre eigenen Produkte zu machen. Ein Beispiel dafür ist eine von Bayer durchgeführte Schulung im sicheren Umgang mit Pestiziden im Rahmen eines develoPPP-Projektes in Kenia. Konzerne etablieren sich zunehmend als wichtige Partner in der EZ und haben so erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen.

## WIE VIEL TRAGEN AGRARKONZERNE TATSÄCHLICH ZUR WELTERNÄHRUNG BEI?

Weltweit erzeugen Kleinbauern und -bäuerinnen 70 Prozent der Lebensmittel. Dafür bewirtschaften sie nur ein Drittel der globalen Ackerfläche. Agrarkonzerne hingegen verbrauchen 70 Prozent der weltweiten Land- und Wasserressourcen, produzieren aber nur 30 Prozent der Lebensmittel. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist also produktiver und geht vor allem schonender mit natürlichen Ressourcen um. Um eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sind Ertragssteigerungen zudem nicht der einzige Weg. Denn derzeit landen nur 43 Prozent der Weltgetreideernte direkt auf unseren Tellern – der Rest dient der Herstellung von Futtermitteln, Kraftstoffen und der Energiegewinnung. Stattdessen sollten die vorhandenen Ressourcen primär für die menschliche Ernährung verwendet und gerecht verteilt werden. Zudem müssen die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen gestärkt werden. Denn häufig diskriminieren Saatgutkonzerne und Gesetzgebungen KleinerzeugerInnen auch auf rechtlicher Ebene: Letztere dürfen ihr eigenes, nachbaufähiges Saatgut nicht mehr weitergeben und tauschen, wenn es unter den Patentschutz der Unternehmen fällt. Kleinbauern und -bäuerinnen können sich das industriell gezüchtete Saatgut und die jeweils darauf zugeschnittenen Pestizide jedoch kaum leisten.

## WELCHE LANDWIRTSCHAFT SOLLTE ENTWICKLUNGSPOLITIK FÖRDERN?

Bei der Förderung von Landwirtschaft im globalen Süden sollten staatliche Entwicklungsinstitutionen nicht die Interessen der Agrarkonzerne, sondern die Bedürfnisse der Men-

schen vor Ort in den Mittelpunkt stellen. Entwicklungspolitik muss Kleinbauern und -bäuerinnen dabei unterstützen, nach den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung selbstbestimmt Nahrung zu erzeugen und einen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Sie sollte insbesondere marginalisierte Gruppen, die unter Hunger leiden, ins Zentrum stellen und an Entscheidungsprozessen beteiligen. Dafür sollte sie Bauernbewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen stärken. Kleinbäuerinnen und -bauern brauchen für Ernährungssicherheit einen rechtlich gesicherten Zugang zu Land, Wasser und Saatgut sowie eine öffentliche Förderung agrarökologischer Anbausysteme.

## WAS TUT INKOTA?

INKOTA setzt sich aktiv für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und die Umsetzung von Ernährungssouveränität ein. In Deutschland ist INKOTA seit vielen Jahren eine der Trägerorganisationen der „Wir haben es satt!“-Demonstrationen. Außerdem hat INKOTA die Gründung des Berliner Ernährungsrates aktiv unterstützt und vernetzt ähnliche Initiativen national und international. Wir fördern kleinbäuerliche Initiativen wie etwa den nationalen Kleinbauernverband UNAC in Mosambik: Die Vereinigung unterstützt 1.200 Bauernfamilien dabei, eine Saatgutbank aufzubauen, lokal angepasstes Saatgut zu vermehren und Tauschbörsen zu organisieren. In Mittelamerika fördern wir verschiedene Projekte, die mit agrarökologischen Anbaumethoden erfolgreich Armut und Mangelernährung bekämpfen.

## WAS KANN ICH TUN?

Nehmen Sie an Veranstaltungen und Aktionen teil und unterstützen Sie Unterschriftenaktionen, die sich gegen die öffentliche Förderung von Agrarkonzernen in der EZ richten. Informieren Sie sich und andere darüber, welche Auswirkungen der wachsende Einfluss großer Agrarkonzerne auf die Landwirtschaft und das Menschenrecht auf Nahrung hat. Nicht zuletzt können Sie unsere Arbeit mit einer Fördermitgliedschaft oder eine Spende unterstützen.

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

### Literaturhinweise

Heinrich-Böll-Stiftung et al. (2017): Konzernatlas

### Internet-Links

[www.inkota.de/themen-kampagnen/welternahrung-landwirtschaft/](http://www.inkota.de/themen-kampagnen/welternahrung-landwirtschaft/)

### INKOTA-Materialien

Infomappe „abgeerntet. Wer ernährt die Welt?“. INKOTA-Infoblätter 1 bis 14 zu allen Fragen rund um eine gerechte Landwirtschaft

INKOTA Dossier 15 „Im Griff der Agrarkonzerne“

Broschüre „Konzernmacht grenzenlos. Die G7 und die weltweite Ernährung“

INKOTA-netzwerk e.V., Chrysanthenenstraße 1 - 3, 10407 Berlin  
Telefon: 030 42 08 202-0  
E-Mail: [inkota@inkota.de](mailto:inkota@inkota.de), [www.inkota.de](http://www.inkota.de)  
Spendenkonto KD-Bank, IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10, BIC: GENODED1DKD

AutorInnen: Alexander Domianus, Lena Michelsen

Gefördert durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin, die Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der Inhalt dieser Publikation spiegelt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Förderer wider.



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

berlin Berlin

